

Rede zur Außen- und Sicherheitspolitik AFD und ihr Verhältnis zur Bundeswehr

Gehalten am 1. September 2018 – Antikriegstag – von Hans Ripper, Mitglied DFG-VK Gruppe Mainz

Zunächst eine Bemerkung. Die AFD RLP hat für den 1. September 2018 -heute- Veranstaltungen in RLP angekündigt. Die eine ist die Saalveranstaltung mit Gauland. Für sie wird auf der Facebookseite des Landtagsabgeordneten Münzenmaier und findet in Mainz statt. Die andere Veranstaltung ist in Hermeskeil und wird auf der Facebookseite des Landtagsabgeordneten auf dessen Facebookseite beworben. In Hermeskeil findet ein sogenannter Friedensmarsch statt. Dort heißt es: „Wenn Internationalist den Krieg heraufbeschwören, wir es Zeit für eine wirkliche patriotische Friedensbewegung.“ Die Behauptung eine Friedensbewegung oder gar Teil der Friedensbewegung sein zu können ist ein totaler Widerspruch. Patriotismus wie Nationalismus manchmal genannt wird, kommen ohne Militär nicht aus.

Das zeigt auch ein Papier von Reiner Braun, der seit 1981 in der Friedensbewegung aktiv ist.

In diesem Papier versucht er herauszuarbeiten, dass Programmatik und politische Strategie der AFD kriegsbefürwortend und sogar kriegsfördernd sind.

Er hat die Kriegspolitik beziehungsweise die Unterstützung von Kriegen an Hand folgender Punkte dokumentiert

- Aufrüstung
- Rolle der Bundeswehr
- Drohnen
- Zustimmung zu Kriegseinsätzen der Bundeswehr
- Verhältnis zur NATO
- Beziehungen zu Russland

Verallgemeinernd wird dann auf die Rolle und Funktion von Nationalismus, Chauvinismus und Großmachtgetue als kriegsfördernde und treibende Elemente eingegangen.

Auf einige davon will ich eingehen.

Zur Rüstung

geht Braun auf die Forderung der NATO ein, dass alle Mitgliedsländer zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung ausgeben sollen. Die Fraktionsvorsitzende Alice Weidel forderte „„Deutschland muss deutlich mehr investieren in die Landesverteidigung. Und wir müssen unseren internationalen Verpflichtungen nachkommen, beispielsweise mindestens zwei Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts jährlich in die Verteidigung zu investieren.““

Der verteidigungspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion Rüdiger Lucassen (15. Mai 2018) fordert eine Steigerung auf 70 Milliarden Euro bis 2025.

Das ist ein Ja zur hemmungslosen Aufrüstungspolitik. Wir erleben heute eh die stärkste Aufrüstungspolitik seit der Wiederbewaffnung Deutschlands.

Nun einige Worte zur Bundeswehr.

Im Wahlprogramm 2017 zur Außen- und Sicherheitspolitik ist die Stärkung der Bundeswehr programmatisch festgeschrieben.

„Die AfD fordert die Rückkehr der Streitkräfte zur Einsatzbereitschaft. [...] Die deutschen Streitkräfte sind so zu reformieren, dass deren Einsatzbereitschaft auch bei Einsätzen mit höchster Intensität gewährleistet ist. Dazu sind umfangreiche strukturelle, personelle und materielle Veränderungen unabdingbar.“

In logischer Konsequenz fordert die AfD die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht, eine undemokratische Zwangsverpflichtung junger Menschen zum Kriegsdienst. Nur in Ausnahmefällen soll Kriegsdienstverweigerung aus Gewissengründen möglich sein.

Die Bundeswehr soll wieder Schule der Nation werden.

„Der Auftrag der Bundeswehr ist Verpflichtung für jeden Staatsbürger“, heißt es im Programm der AfD, „die Bevölkerung soll sich mit ‚ihren Soldaten‘ und ‚ihrer Bundeswehr‘ identifizieren, das Bewusstsein für die wehrhafte Demokratie wiederbelebt werden“.

Interessant auch was Mitglieder der AfD im Verteidigungsausschuss beruflich und auch sonst vor und auch während der Mitgliedschaft im Bundestag gemacht haben beziehungsweise machen:

- Berengar Elsner von Gronow: Reserveoffizier der Marine; hat 2015 ein NSDAP-Gedicht über gefallene Wehrmachtssoldaten auf Facebook geteilt,
- Jens Kestner: ehemaliger Oberfeldwebel,
- Hans-Rüdiger Lucassen: ehemaliger Oberst im Generalstab, jetzt Geschäftsführer eines Rüstungsberatungsunternehmens, das unter anderem Geschäfte mit Saudi-Arabien macht,
- Ralf Nolte: ehemaliger Berufssoldat; Nähe zu rechtsextremer Szene,
- Gerold Otten: Major a.D., „Eurofighter Sales Director“ bei „Airbus Defence and Space“.

Ja zur Rüstungsforschung

Die AfD will die Rüstungsforschung an Hochschulen und Forschungseinrichtungen intensivieren. In einem Flugblatt der „Jungen Alternative – Hochschulgruppe Kassel“ heißt es:

„Die Forschungen der Rüstungsindustrie von heute stellen die Schlüsseltechnologien von morgen dar. Genau genommen kann man das Militär und die Rüstungsindustrie auch als Technologiemosor Nummer 1 bezeichnen. Ein Verbot von Forschungsprojekten, deren Entwicklungen letztendlich auch in der Rüstungsindustrie Anwendung finden, ist deshalb eine klare Absage zu erteilen. Deshalb sprechen wir uns ausdrücklich gegen die Zivilklausel an der Universität Kassel aus.“

Ja zu Auslandseinsätzen

Die deutsche Beteiligung an Interventionskriegen ist ein Kennzeichen der neuen imperialen Außenpolitik des wiedervereinigten Deutschlands. Niemals Menschenrechte, immer aber ökonomische und geopolitische Interessen standen und stehen hinter diesen völkerrechtswidrigen Kriegsbeteiligungen. Die AfD lehnt diese nicht grundsätzlich ab. Sie stimmt Einsätzen der Bundeswehr im Ausland im Parlament zu. Ihr verteidigungspolitischer Sprecher Rüdiger Lucassen formulierte „wenn sie den deutschen sicherheitspolitischen Interessen dienen.“ In der Logik der nationalen Aufrüstungspolitik Rüdiger Lucassen am 28. Juni 2018 im Bundestag, dass Deutschland die verteidigungs- und militärpolitische Führungsmacht in Europa sein müsse. Krieg ist für die AfD nicht

ein letztes Mittel zur Fortsetzung von Politik, für sie ist Krieg prinzipiell eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.

NATO-Kritik ist abgeschafft.

Auf AfD Parteitag kam es zu Anträgen aus der Nato auszutreten. Diese wurden mehrheitlich abgelehnt. Diese Partei trägt das zentrale Anliegen der NATO, die Erhöhung der Rüstungsetats auf 2 Prozent, aktiv mit. „Die NATO gehört zu Deutschland“, heißt es im Parteiprogramm der AfD. „AfD Stellvertreter Alexander Gauland hält die Rufe einiger Parteifreunde nach einem Austritt aus der NATO für einen Irrweg. Die deutsche Mitgliedschaft im Verteidigungsbündnis sei unverzichtbar – auch damit bei den europäischen Nachbarn in Bezug auf Deutschland kein „Gefühl von Bedrohung“ entstehe, sagte Gauland“ (FAZ 10.07.2018) Deutlicher kann das stärkste Militärbündnis nicht akzeptiert werden.

Russland Unterstützung ist unglaublich

Freundschaft mit Russland tönt es aus der AfD. Diese AfD Programmatik ist unglaublich und heuchlerisch. Wer Freundschaft mit Russland will, muss die Stationierung deutscher Truppen an der russischen Grenze abwenden.

Wie die AfD auf der einen Seite „FÜR“ Russland und auf der anderen Seite „FÜR“ die NATO sein kann, ist ein Geheimnis oder eine bewusste Täuschung vieler Menschen, die wirklich freundschaftliche Beziehungen zu Russland wollen.

Die Bedrohungslüge der AfD

Die größte Bedrohung sieht die AfD durch den „internationalen islamischen Terror“, der mit „allen zur Verfügung stehenden legalen Mitteln“ bekämpft werden müsse. Sie schürt die Angst vor dem Verlust einer von ihr definierten deutschen Identität. Der völkische Rassismus wird bei der AfD ersetzt durch die These der kulturellen Unvereinbarkeit der Völker. „Importierte kulturelle Strömungen ...

betrachtet die AfD als ernste Bedrohung für den sozialen Frieden und für den Fortbestand der Nation als kulturelle Einheit. Sie fordert daher, „die deutsche kulturelle Identität als Leitkultur“ selbstbewusst zu verteidigen, dafür soll Deutschland aufgerüstet werden, technisch und ideologisch.

Ich komme zum Schluss

Die AfD ist programmatisch und politisch eine Aufrüstungs- und Kriegspartei. Getrieben wird sie von einem Nationalismus und völkischem Gedankengut, dass erneut „am deutschen Wesen die Welt genesen soll“.

Dieser Nationalismus, der so viel Unheil hervorgebracht hat und mitverantwortlich ist für die größten deutschen politischen Verbrechen soll „reloaded“, mehrheitsfähig und politikfähig gemacht werden. Dazu bedarf es auch einer starken, kriegsfähigen und kriegswilligen Armee und einer entsprechend aufgehetzten Bevölkerung.

Die Abhandlung von Reiner Braun finden Sie unter <https://www.rubikon.news/artikel/die-kriegspartei>